

## NIEDERSCHRIFT Rat/028/2008

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 13.03.2008 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde  
Herr Bernhard Faltmann  
Herr Günther Fehmer  
Herr Thomas Hagemann  
Herr Florian Heuermann  
Herr Ludger Kleideiter  
Herr Bernhard Kortmann  
Herr Willi Krause  
Herr Dr. Wolfgang Meyring  
Frau Brigitte Mollenhauer  
Herr Franz-Josef Schulze Thier  
Frau Birgit Schulze Wierling  
Herr Karl-Heinz Ueding  
Herr Werner Wiesmann  
Herr Franz Becks  
Herr Jürgen Brunn  
Herr Hans-Jürgen Dittrich  
Herr André Heßling  
Frau Gabriele Mönning  
Herr Peter Nowak  
Herr Martin Pfeiffer  
Herr Hans-Joachim Spengler  
Herr Thomas Tauber  
Herr Klaus Wieling  
Herr Ulrich Schlieker

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein  
Herr Peter Melzner  
Herr Hubertus Messing  
Herr Gerd Mollenhauer  
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:25 Uhr

Frau Dirks bittet die Anwesenden sich von ihren Plätzen zu erheben, um Herrn Heinz Roggenkamp zu gedenken, der mitten aus dem Leben, mitten aus der Familie und mitten aus dem Rat verschieden ist.

Herr Schlieker verweist auf den leeren Platz neben ihm. Es sei schwer zu begreifen, dass auf diesem Platz nie wieder sein Fraktionskollege Platz nehmen wird. Zum Gedenken an Herrn Roggenkamp seien heute viele sachkundige Bürger seiner Fraktion anwesend.

Frau Dirks stellt dann fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung**

**1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

**2. Bestimmung der im Gebiet der Stadt Billerbeck zu wählenden Ratsvertreter für die Wahlperiode 2009 - 2014**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des HFA an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Für die Wahlperiode 2009 – 2014 wird die Zahl der zu wählenden Vertreter für den Rat der Stadt Billerbeck um 6 von 32 auf 26 Vertreter verringert. Die Zahl der in den Wahlbezirken zu wählenden Vertreter wird um 3 von 16 auf 13 reduziert.

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Bestimmung der im Gebiet der Stadt Billerbeck zu wählenden Ratsvertreter für die Wahlperiode 2009 – 2014 wird beschlossen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**3. Bildung eines Wahlausschusses gemäß § 2 Abs. 3 Kommunalwahlgesetz für die Kommunalwahl 2009**

Herr Fehmer erklärt, dass nach Absprache mit den beiden anderen Fraktionen auf eine Besetzung nach d' Hondt verzichtet werden solle. Wie bereits vor der letzten Kommunalwahl beschlossen, sollte auch heute ein Wahlausschuss mit 8 Beisitzern gebildet werden.

Herr Wieling bestätigt, dass mit Herrn Fehmer ein 8-er Gremium besprochen worden sei. Seine Fraktion würde auf einen Sitz zu Gunsten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verzichten.

Frau Dirks erklärt, dass sie auf die Funktion der Wahlleiterin verzichte und an ihre Stelle damit der Vertreter im Amt trete.

**Beschluss:**

In den Wahlausschuss werden 8 Beisitzer gewählt:

**Stimmabgabe:** einstimmig

Herr Fehmer schlägt für die CDU-Fraktion folgende Beisitzer und persönliche Stellvertreter vor:

<u>Beisitzer:</u>	<u>persönlicher Stellvertreter:</u>
Herr Heuermann	Herr Kortmann
Herr Hagemann	Herr Hövener
Herr Dübbelde	Frau Schulze Wierling
Herr Fehmer	Herr Dr. Meyring

Herr Wieling schlägt für die SPD-Fraktion folgende Beisitzer und persönliche Stellvertreter vor.

Frau Bosse Berger	Herr Tauber
Herr Wieling	Herr Nowak
Herr Dittrich	Herr Pfeiffer

Herr Schlieker schlägt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

Frau Rawe	Herr Schlieker
-----------	----------------

Die Ratsmitglieder stimmen dem einheitlichen Wahlvorschlag **einstimmig** zu.

Frau Dirks hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**4. Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den Amtsbezirk Billerbeck für die Amtszeit vom 01. Februar 2008 bis zum 31. Januar 2012**

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des HFA und fasst folgenden

**Beschluss:**

Für den Schiedsbezirk Billerbeck werden für die Wahlzeit vom 01. Februar 2008 bis zum 31. Januar 2012 Herr Günther Reiling als Schieds-

person und Herr Hans-Joachim Spengler als stellvertretende Schiedsperson gewählt.

**Stimmabgabe:** 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**5. Veräußerung des Gesellschaftsanteils der Stadt Billerbeck an der "Regionalverkehr Münsterland" an den Kreis Coesfeld**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des HFA an und fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Der Gesellschaftsanteil der Stadt Billerbeck an der „Regionalverkehr Münsterland GmbH“ (RVM) in Höhe von 12.780 € wird an den Kreis Coesfeld veräußert.
2. Es muss gewährleistet sein, dass der Kreis Coesfeld die Stadt Billerbeck in die Planungen und Entscheidungsfindungen kontinuierlich einbezieht, soweit die Stadt Billerbeck hiervon unmittelbar betroffen ist. Für den Bereich der Lokalverkehre in der Stadt Billerbeck, d.h. den sogenannten Schulbuslinien, ist die Einflussnahme im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung oder in vergleichbarer Weise zu definieren und dementsprechend gegenüber der RVM auszuüben.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**6. Neufassung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Billerbeck**

In der allen Ratsmitgliedern vorliegenden Tischvorlage sind die im Betriebsausschuss vorgebrachten Anregungen in die Satzung eingearbeitet worden.

**Beschluss:**

Die Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Billerbeck wird beschlossen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**7. 7. Änderung des Bebauungsplanes "Wüllen"**

**hier: Ergebnis der frühzeitigen Bürgerbeteiligung**

Herr Becks erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-raum und nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Die Bedenken bezüglich eines erhöhten Stellplatzbedarfes für das geplante Vorhaben werden zurückgewiesen.
2. Der Anregung von Herrn Hillmann zur Erhaltung der Eiche wird ge-

folgt.

3. Für das Plangebiet wird die Durchführung der 7. Änderung des Bebauungsplanes „Wüllen“ beschlossen. Das Plangebiet umfasst die Grundstücke Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 6, Flurstücke 336, 337 und 338.
4. Die Bebauungsplanänderung wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Baugesetzbuch) ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
5. Der Entwurf der 7. Änderung des Bebauungsplanes „Wüllen“ mit Begründung wird für die Offenlage gebilligt.
6. Auf der Grundlage des Entwurfes der Bebauungsplanänderung mit Begründung wird gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt und nach § 4 Abs. 2 BauGB den berührten Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
7. Die Beschlüsse werden ortsüblich bekannt gemacht.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**8. Aufstellung des Bebauungsplanes "Kampstraße/Ludgeristraße" hier: Ergebnis der Offenlage und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

- 1) Der Anregung der Familie Miltrup wird entsprechend der Ausführungen teilweise gefolgt.
- 2) Die Stellungnahme des Kreises Coesfeld wird zur Kenntnis genommen
- 3) Der Bebauungsplanentwurf nebst Begründung wird für die erneute Offenlage nach § 4a Abs. 3 BauGB (Baugesetzbuch) gebilligt. Dabei wird bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen gegeben werden können. Die Dauer der Auslegung wird auf zwei Wochen verkürzt. Parallel wird den berührten Behörden erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu den geänderten Teilen gegeben.
- 4) Die Beschlüsse werden ortsüblich bekannt gemacht.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**9. Aufstellung des Bebauungsplanes "Gantweger Bach" hier: Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**

Herr Schlieker kündigt an, dass er sich bei diesem Tagesordnungspunkt enthalten werde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätten bekanntlich zahlreiche Vorschläge zur Gestaltung des Bebauungsplanes „Gantweger Bach“ gemacht, von denen viele unter den Tisch gefallen seien.

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Den Anregungen der Wehrbereichsverwaltung, der Landesbetriebe Straßenbau NRW und Wald und Forst wird gefolgt.
2. Den Anregungen des Kreises Coesfeld wird entsprechend der Ausführungen teilweise gefolgt.
3. Für das Plangebiet wird beschlossen den Bebauungsplan „Gantweger Bach“ aufzustellen. Das Plangebiet wird umgrenzt:

- im Nordosten durch die nord- und südöstliche Grenze des Flurstückes 84 und die nordöstliche Grenze der Flurstücke 235 und 291 (Flur 6, Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel)
- im Südosten durch die südöstliche Grenze des Flurstückes 291, die nord- und südöstliche Grenze des Flurstückes 290, die östliche Grenze des Flurstückes 251 und die nordöstliche Grenze des Flurstückes 168 (Flur 6, Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel), durch die nordwestliche Grenze der Massonneustraße (Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 8, Flurstück 574) bis zum östlichen Grenzpunkt des Flurstückes 573 (Flur 8, Gemarkung Billerbeck-Stadt), und weiter entlang der nördlichen Grenze des v. g. Flurstückes 573
- im Südwesten durch eine gedachte Verbindung des östlichen Grenzpunktes des Flurstückes 190 (Flur 39, Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel) zu dem östlichen Grenzpunkt des Flurstückes 147 (Flur 39, Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel), die südwestliche Grenze der L 577 (Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel, Flur 39, Flurstück 189) bis in Höhe des westlichen Grenzpunktes des Flurstückes 89 (Flur 6, Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel), die L 577 im rechten Winkel querend bis zum westlichen Grenzpunkt des Flurstückes 89, weiter durch die nordwestliche Grenze des Flurstückes 89 und die südwestliche Grenze des Flurstückes 86 (Flur 6, Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel)
- im Nordwesten durch die nordwestliche Grenze der Flurstücke 86, 290 und 84 (Flur 6, Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel)

4. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Gantweger Bach“ und der Entwurf der Begründung mit Umweltbericht werden für die Offenlegung gebilligt.
5. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Gantweger Bach“ und der Entwurf der Begründung mit Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB.
6. Die Beschlüsse sind ortsüblich bekannt zu machen.

**Stimmabgabe:** 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

10. **Anregung der SAG gemäß § 24 GO NW vom 25. Februar 2008 hier: "Industrielle Massentierhaltung"**  
Herr Wieling richtet an die Verwaltung die Frage, wie mit den 4 Punkten

des Antrages umgegangen werden könne, ob es überhaupt möglich sei die von der SAG aufgeführten Beschlüsse umzusetzen und ob der Rat überhaupt zuständig sei.

Frau Dirks weist darauf hin, dass in der Vergangenheit bereits ähnliche Anträge von den Fraktionen gestellt worden seien. Daraufhin seien manchmal Resolutionen beschlossen worden oder die Verwaltung sei beauftragt worden, Briefe zu schreiben. Sie sehe bei den von der SAG aufgeführten Punkten durchaus eine Zuständigkeit der Verwaltung gegeben.

Herr Mollenhauer ergänzt, dass sich die Frage stelle, ob sich der Rat diese Anregung zu Eigen machen wolle und sie an die Verwaltung weitergebe.

Frau Mönning fragt nach, ob es denn überhaupt möglich sei, dass die Verwaltung tätig werde.

Frau Dirks weist darauf hin, dass eigentlich alles bereits in den Ausschüssen diskutiert wurde.

Herr Wiesmann stellt fest, dass man in vielen Sitzungen intensiv über das Thema diskutiert habe und schließlich zu einem Ergebnis gekommen sei. Nach seiner Auffassung gebe es einen weit reichenden Konsens, wonach man den Landwirten gestatten wolle, in annehmbarem Abstand zum Hof zu erweitern. Der Antrag der SAG beinhalte etwas anderes. Von daher könne er der Anregung nicht folgen.

Herr Nowak betont, dass die industrielle Massentierhaltung nicht die Zustimmung der SPD-Fraktion finde. Die von der SAG geforderte namentliche Abstimmung darüber, dass Massentierhaltung nicht mit christlichen und ethischen Wertevorstellungen vereinbar sind, lehne er ab.

Herr Schlieker stellt fest, dass der erste Punkt der Anregung in etwas abgewandelter Form bereits Beschlusslage sei. Mit der namentlichen Abstimmung sei er überhaupt nicht einverstanden. Nach seiner Meinung sei kein Punkt der Anregung hier zu beschließen.

Frau Mönning befragt noch einmal Frau Dirks, ob der Rat denn überhaupt beschließen könne, dass die Bürgermeisterin oder die Verwaltung tätig werden sollen.

Frau Dirks macht deutlich, dass die Sachlage und die Möglichkeiten Hähnchenmastanlagen zu verhindern, in den Sitzungsvorlagen und in den Sitzungen ausführlich dargelegt worden seien. Über diese aufgezeigten Möglichkeiten hinaus sehe sie keine weiteren Möglichkeiten tätig zu werden.

Herr Fehmer schlägt vor, die Anregung abzulehnen, weil über den Sachverhalt in den Sitzungen bereits intensiv diskutiert worden sei. Außerdem würden in der Anregung alle „Massentierhaltungsanlagen“ über einen

Kamm geschert. Er halte es dagegen für unerlässlich, jeden Einzelfall zu betrachten und dann zu entscheiden.

Dem Vorschlag von Herrn Fehmer wird **einstimmig** gefolgt.

**11. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 02. März 2008  
hier: "Bauen im Außenbereich"**

Herr Schlieker erläutert, dass er mit dem Antrag bezwecke, dass Druck auf die Bezirksregierung ausgeübt werde. Dabei könnte die von der Verwaltung in der Sitzungsvorlage für den Bezirksausschuss am 12. Februar 2008 dargelegte Stellungnahme für die Bezirksregierung zum versagten gemeindlichen Einvernehmen des Stalles in Aulendorf als Grundlage dienen.

Herr Wieling rät Herrn Schlieker den Antrag zurückzuziehen. Die Verwaltung habe in der Stellungnahme für die Bezirksregierung zum versagten gemeindlichen Einvernehmen des Stalles in Aulendorf bereits ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Wenn dem Antrag gefolgt werde, dann wäre das Schreiben an die Bezirksregierung nur eine Wiederholung dieser Stellungnahme.

Herr Schlieker macht deutlich, dass es ihm nicht darum gehe auf der fachlichen Ebene Druck zu machen, sondern auf der politischen. Der Regierungspräsident persönlich sollte den Druck zu spüren bekommen.

Herr Wiesmann hält Herrn Schlieker entgegen, dass in dem Antrag nicht zwischen den einzelnen Ställen differenziert werde. Die CDU-Fraktion lehne ein grundsätzliches Verbot von Mastställen ab. Er weist darauf hin, dass das gemeindliche Einvernehmen erteilt werde, sofern der Stall an der Hofstelle errichtet werde.

Ihm gehe es darum, deutlich zu machen, dass die Landschaft unter der Menge und Größe der Ställe leide, egal ob es sich um Hähnchen- oder Schweinemastställe handele, so Herr Schlieker.

Herr Wiesmann entgegnet, dass den Landwirten Möglichkeiten der Erweiterung ihres Betriebes zugestanden werden müssen. Wenn Herr Schlieker sage, dass jetzt schon zu viele Mastställe vorhanden seien, dann würde das ja das Ende für diese Ställe bedeuten. Das werde die CDU-Fraktion nicht mittragen.

Herr Wieling stellt fest, dass Herr Schlieker im Grunde eine Resolution fordere. Im Übrigen habe Herr Wiesmann Recht wenn er sage, dass in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwischen den einzelnen Ställen nicht differenziert werde. Er bezweifle zwar, dass eine Resolution dem Regierungspräsidenten persönlich vorgelegt werde. Er gehe aber davon aus, dass die in der Presse nachzulesenden Bürgerproteste dem Regierungspräsidenten bekannt seien und die Bedenken der Stadt in der nächsten Stellungnahme besser gewürdigt werden. Einer Resolution des

Rates könnte er zustimmen, es sei aber überflüssig auf den Sachverhalt nach § 35 hinzuweisen, hierauf werde in der bereits abgegebenen und auch in der noch abzugebenden Stellungnahme hingewiesen.

Frau Mönning ist davon überzeugt, dass man mit dem Dienstweg nicht weiterkommen werde. Wenn man etwas erreichen wolle, müsse man die betroffenen Menschen mobilisieren.

Herr Wieling rät Herrn Schlieker den Antrag zurückzuziehen, weil dieser keine Mehrheit finden werde. Anschließend könne dann überlegt werden, ob eine Resolution verabschiedet und damit nach außen demonstriert werde, dass der Rat mehrheitlich, wie im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 6. März 2008 diskutiert, die Auffassung vertrete, dass zu den Mastställen nur dann das Einvernehmen erteilt wird, wenn sie in Hofnähe errichtet werden.

Wenn das das Ergebnis der Beratungen wäre, dann sei er hiermit einverstanden, so Herr Schlieker. Auf nichts anderes habe sein Antrag hinausgezielt.

Herr Fehmer macht unmissverständlich deutlich, dass keine Verallgemeinerung der Ställe vorgenommen werden dürfe. Grundlage einer Resolution müsse das Ergebnis der Diskussion des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses sein und es müsse deutlich werden, dass immer der Einzelfall gesehen und hierüber entschieden werde, ansonsten werde die CDU-Fraktion die Resolution nicht mittragen.

Herr Wieling verweist auf die Stellungnahme für die Bezirksregierung zu dem versagten gemeindlichen Einvernehmen zu dem Stall in Aulendorf. In diesem Einzelfall seien die Gründe für die Ablehnung dargelegt worden, so dass dieser Text Grundlage einer Resolution sein könnte. Herr Nowak ergänzt, dass diese Gründe auch für vergleichbare Fälle gelten.

Nach weiterer Diskussion stellt Frau Dirks fest, dass es unterschiedliche Meinungen über den Wortlaut einer Resolution gibt.

Herr Wiesmann weist darauf hin, dass nicht alle Ställe gleich seien, u. a. gebe es gewerbliche und landwirtschaftliche Ställe. In einer Resolution auf vergleichbare Fälle hinzuweisen, halte er für schwierig.

Frau Mollenhauer merkt an, dass sich die Vergleichbarkeit auf den Standort in Hofnähe beziehe, über alles andere müsse diskutiert werden.

Herr Dittrich appelliert an alle Ratsmitglieder, die Resolution gemeinsam zu tragen und hierin den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.

Herr Schlieker zieht seinen Antrag zurück.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Resolution an den Regierungspräsidenten zu verfassen.

**Stimmabgabe:** 24 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

**12. Zuleitung der Jahresrechnung 2007 an den Rat gem. § 93 Abs. 2 GO NRW a. F.**

Herr Melzner geht auf die wesentlichen Daten der Jahresrechnung ein.

Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

- a) Die Jahresrechnung 2007 wird zur Kenntnis genommen und aufgrund des § 59 Abs. 3 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW a. F. zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.
- b) Aufgrund der Genehmigungsverfügung zum Haushaltssicherungskonzept 2008 vom 22. Februar 2008, Ziffer 1, wird die Bildung und Verwendung der Haushaltsreste lt. Seiten 28 – 31 der Jahresrechnung beschlossen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**13. Mitteilungen**

**13.1. Gründung der Infrastrukturgesellschaft - Frau Dirks**

Frau Dirks bezieht sich auf die letzte HFA-Sitzung, in der Herr Tauber darum gebeten hatte, der Niederschrift einen zeitlichen Ablauf zur Gründung der Gesellschaft beizufügen und teilt hierzu mit, dass es nicht möglich gewesen sei, rechtzeitig Informationen zu erhalten. Es gebe auch keine Frist, bis wann die Gesellschaft gegründet werden müsse, wobei eine Entscheidung so zügig wie möglich getroffen werden sollte. Geplant sei von ihrer Seite, den Konsortialvertrag in der nächsten Sitzungsperiode einzubringen.

Zu den Kosten teilt Frau Dirks mit, dass lt. Information des Bürgermeisters aus Ascheberg davon ausgegangen werden müsse, dass rd. 100.000,-- € anfallen werden, bis alle Gesellschaften gegründet sind.

Frau Mollenhauer erinnert an ihre Nachfrage, ob eine Gebührenvereinbarung mit dem Notariatsbüro geschlossen wurde.

Frau Dirks teilt mit, dass es eine solche für die erste Phase gegeben habe, für diese neue Phase werde aber nach Aufwand abgerechnet.

Dieser Niederschrift werde sie eine weitere Stellungnahme und eine überarbeitete Skizze der Gesellschaftskonstruktion beifügen.

### **13.2. Schwerer Verkehrsunfall im Dezember 2007 auf der L 580 - Frau Dirks**

Frau Dirks informiert den Rat über eine Pressemitteilung der Polizei, die sie von Herrn Dittrich erhalten habe. Der schwere Verkehrsunfall im Dezember 2007, bei dem 4 junge Menschen ihr Leben verloren haben sei aufgearbeitet worden und Thema der Sendung „auto mobil“ um 17:00 Uhr am Sonntag.

Herr Dittrich ergänzt, dass es sich nicht um Sensationsjournalismus handle und der Beitrag deshalb zu empfehlen sei. Er wisse nicht, ob es evtl. Verschiebungen bei der Ausstrahlung gebe, vorgesehen sei der Beitrag aber für Sonntag.

## **14. Anfragen**

### **14.1. Gedenkstelle am Unfallort an der L 580 - Herr Nowak**

Herr Nowak führt an, dass der schwere Verkehrsunfall Ende letzten Jahres in der Öffentlichkeit für viel Aufsehen gesorgt habe. Die Angehörigen hätten an der Unfallstelle viele Kerzen aufgestellt und Zeichen der Trauer niedergelegt. Vor dem Hintergrund, dass nun die Zeit der Pflege von Grünstreifen und Feldern beginne, habe er die Sorge, dass der von vielen Menschen besuchte Ort des Gedenkens „über Nacht“ verschwunden sein könnte. Er bitte die Verwaltung, mit dem Straßenbaulastträger und dem Grundstückseigentümer Kontakt aufzunehmen, damit im Interesse der Angehörigen und Hinterbliebenen eine geordnete Gedenkstätte bestehen bleibt.

Herr Messing sagt zu, den Hinweis weiterzuleiten.

Herr Dittrich unterstützt die Anregung des Herrn Nowak. Es sei sinnvoll, die Gedenkstätte eine zeitlang – auch als Mahnung - zu erhalten.

### **14.2. Erhöhung der Kreisumlage - Frau Mollenhauer**

Frau Mollenhauer fragt kritisch nach, ob die Forderung des Kreises nach einer erhöhten Kreisumlage kritiklos hingenommen werde oder ob die Bürgermeisterin hiergegen intervenieren werde und mit welchen Argumenten. Immerhin müsste Billerbeck rd. 200.000,- € mehr aufbringen. Der Haushaltsplan des Kreises werde erst im Mai verabschiedet, so dass noch Handlungsspielraum bestehe.

Frau Dirks wirft ein, dass sie in dem morgen stattfindenden Gespräch mit

dem Landrat ihren Unmut darüber zum Ausdruck bringen werde, dass der Kreis immer wieder zulange. Erst sei angekündigt worden, dass die Kreisumlage gesenkt werde und nun müsse ordentlich zugezahlt werden. Das könne nicht sein.

Herr Nowak schlägt vor, gleichzeitig die Kreistagsmitglieder zur Ablehnung des Haushaltes zu bewegen. Dieser Appell gelte insbesondere der CDU, die im Kreistag die Mehrheit habe.

Herr Fehmer stellt richtig, dass die CDU Billerbeck nicht die Mehrheit im Kreistag habe. Aber selbstverständlich werde die Erhöhung der Kreisumlage von der CDU nicht kritiklos hingenommen. Den Gemeinden werde abverlangt, bis auf die Knochen zu sparen während dies beim Kreis nicht zu erkennen sei.

Frau Mollenhauer weist zur Klarstellung darauf hin, dass selbstverständlich die Kreistagsmitglieder der CDU mobilisiert würden. Sie habe aber mit ihrer Anfrage eine klare Aussage der Bürgermeisterin erreichen wolle, wie sie gegen die Erhöhung der Kreisumlage intervenieren wolle.

Frau Dirks wirft ein, dass sie das jedes Jahr tue.

#### **14.3. Weg vom Windmühlenweg Richtung Norden - Herr Brunn**

Herr Brunn weist darauf hin, dass die Pflasterung auf dem o. a. Weg in Ordnung gebracht worden sei, aber nach den kräftigen Regenfällen wieder abgesackt sei. Die Ursache liege wohl etwas tiefer. Verwaltungsseitig wird Überprüfung zugesagt.

#### **14.4. Teilnahme am Pilotprojekt Kohkamp - Herr Becks**

Herr Becks fragt nach, ob jetzt noch Grundstückseigentümer an dem Pilotprojekt Kohkamp teilnehmen können. Das wird von Herrn Hein verneint.

#### **14.5. Haushaltsplan 2008 - Herr Fehmer**

Herr Fehmer weist darauf hin, dass für die Anschaffung eines Minibaggers ein Sperrvermerk angebracht und die Schaffung der zusätzlichen Stelle im Bereich der Jugendarbeit auf zwei Jahre befristet sein soll. Diese Hinweise habe er im Haushaltsplan nicht gefunden.

Herr Melzner erläutert, dass der Sperrvermerk nicht in die Erläuterungen aufgenommen worden sei, es hierüber aber einen Beschluss gebe und alle Fachbereiche die Anweisung erhalten hätten, den Sperrvermerk zu befolgen. Außerdem erfolge die Freigabe durch den zuständigen Ausschuss.

Herr Messing räumt ein, dass die Befristung der Stelle des Streetworkers im Stellenplan nicht vermerkt sei.

Herr Fehmer weist darauf hin, dass die Befristung für zwei Jahre gelten sollte und bittet dieses zu beachten.

## 15. **Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck**

**Herr Helmut Geuking** fragt zu den Hähnchenmastställen an, ob es zutreffe, dass das gemeindliche Einvernehmen durch die Bezirksregierung ersetzt werden könne, wenn keine nachvollziehbaren Gründe dargelegt werden und wenn ja, ob der Rat die angeführten Gründe für ausreichend halte. Außerdem wolle er wissen, ob die Verwaltung eine juristische Überprüfung vornehmen werde, falls die Bezirksregierung das gemeindliche Einvernehmen ersetze.

Frau Dirks erläutert, dass die Bezirksregierung grundsätzlich das gemeindliche Einvernehmen ersetzen könne. Verwaltungsseitig werden die angeführten Gründe für die Ablehnung als stichhaltig angesehen. Sie gehe davon aus, dass die Bezirksregierung darüber hinaus auch andere Belange kritisch prüfe. Im Übrigen müsse im Einzelfall beschlossen werden, ob geklagt werde.

**Frau Coulson** bringt ihre grundsätzliche Ablehnung gegen sämtliche Mastbetriebe zum Ausdruck und fragt nach, ob die beantragten tierquälerischen Ställe nun tatsächlich gebaut werden. Falls ja, sei das für sie möglicherweise ein Grund Billerbeck zu verlassen, denn in einer verseuchten Luft wolle sie nicht leben.

Frau Dirks teilt mit, dass in zwei Fällen das Einvernehmen versagt worden sei. Nun entscheide die Bezirksregierung, ob die Ställe gebaut werden können oder nicht. Wenn der Regierungspräsident das gemeindliche Einvernehmen ersetze, müsse überlegt werden, ob hiergegen geklagt werde.

**Frau Bosse-Berger** erkundigt sich, wann der geplante Radweg entlang der L 506 auf der Beerlage gebaut werde. Dort seien bereits Gehölze entfernt worden, so dass der Schallschutz nicht mehr gegeben sei. Sie fragt nach, ob dort wieder Anpflanzungen vorgenommen werden.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass der Radweg zurzeit wegen der Witterung nicht gebaut werden könne. Der Radweg auf der Beerlage werde parallel zum Radweg in Hamern, der zum dortigen Schützenfest fertig gestellt sein soll, erstellt. Anpflanzungen könnten nicht erfolgen, weil der zur Verfügung stehende Grundstücksstreifen nicht ausreiche.

Marion Dirks  
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann  
Schriftführerin